

# Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

26. Oktober 2021

**BMW:** „Anfahren, Runterfahren, Kurzarbeit“ Kurzarbeit und Arbeitszeiterhöhung ..... 4  
**MAN:** Betriebsratsvorsitzender ist weg nach Auseinandersetzungen mit Management..... 5  
**VW:** Fürstliche Entlohnung für ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden nicht zu hoch ..... 6  
**Koalitionsverhandlungen:** „Aufbruch.“ Für wen? Zum Ergebnis der Sondierungsverhandlungen zwischen SPD, den Grünen und der FDP ..... 7



## Mutig handeln!

*Bosch zeigt abermals: Verzicht auf Lohn schützt nicht vor Entlassung.*

Der Boschbetrieb an der Truderinger Straße ist von Schließung bedroht. (Süddeutsche Zeitung, 11. August 2021) Der weltweit größte Autozulieferer gibt vor, damit der Umstellung auf E-Mobilität Rechnung zu tragen. Das nennt sich schönfärbisch „ökologische Transformation“. Es ist ein riesiges Konjunkturprogramm für die Konzerne, bei dem 100.000e Arbeitsplätze wegfallen werden.

Die Kolleginnen und Kollegen in diesem Betrieb verzichten schon seit 2005 mit einem Beschäftigungssicherungsvertrag auf Lohn, unter dem Druck von Entlassungsdrohungen. (Süddeutsche Zeitung, 27. August 2021) Aber alle Vereinbarun-

gen mit dem Kapital sind Papier, wenn es um den Profit geht. Nun wird mangelnde Wirtschaftlichkeit vorgeschoben.

In München geht es um die Verlagerung der Fertigung von Einspritzventilen und Kraftstoffpumpen nach Osteuropa. 265 Arbeitsplätze sind betroffen. Bosch „prüft“ zudem die Schließung des Standorts. (IGM München, 11. Oktober 2021)

### **Was die Kollegen bei Bosch sagen:**

Wir befragten Kollegen am Werkstor, wie sie die Lage sehen. Das Werk gebe es noch in 100 Jahren, VW habe einen Dieselmotor für Euro7 entwickelt (neueste Abgasnorm. D. Red.), so die

hoffnungsvollen Äußerungen. Andere meinten, von Schließung sei nichts bekannt, der Betriebsrat mache das schon. Aber auch Resignation war zu spüren: Kämpfen bringe ja doch nichts.

Nun hat der Betriebsrat ein Alternativkonzept vorgelegt, das 200 Arbeitsplätze retten soll. Abgewendet werden soll die Verlagerung nach Brasilien oder nach Budweis oder nach Hallein. (Münchner Merkur, 6. Oktober 2021) Da ist noch die Frage, was mit den übrigen 65 Kollegen geschieht?

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2 ►

► Fortsetzung von Seite 1

## Mutig handeln!

Der Betriebsratsvorsitzende hatte nach den ersten Pressemeldungen zur Schließung kämpferisch verkündet, „wir ketten uns an die Anlagen, wenn es sein muss“. (Auf Draht berichtete, 14. September 2021) Das ist bemerkenswert. Aber Anketten oder Werk besetzen oder ein Alternativkonzept durchsetzen gegen das Bosch-Kapital – das muss vorbereitet sein. Das geht nicht von heute auf morgen: So, jetzt ketten wir uns an die Maschinen...

### Was kann man tun?

Einige Vorschläge aus den gesammelten Erfahrungen aktiver Betriebsräte und Vertrauensleute bei angedrohten Verlagerungen und Betriebsschließungen:

- Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in allen Abteilungen aktivieren, regelmäßige Versammlungen abhalten.
- Öffentlichkeit herstellen mit der Haltung: Wir bleiben hier! Alles in diesem Betrieb ist von uns geschaffen!
- Kontakt zu anderen Standorten aufnehmen,

men, an denen abgebaut werden soll; dazu die IG-Metall nutzen.

- Das Recht auf Information beim Betriebsrat (siehe Betriebsverfassungsgesetz) nutzen, besser gleich mit mehreren Kollegen. Abmelden beim Meister genügt.
- Immer wieder Auskunft über die Pläne der Betriebsleitung verlangen, die den Betriebsrat pflichtgemäß zu informieren hat. Besuche bei der Betriebsleitung organisieren, den Betriebsrat zu seinen Gesprächen mit den Managern begleiten. Er muss wissen, die Belegschaft steht hinter ihm.
- Gut kommt es auch, auf der Betriebsversammlung mit einem Transparent aufzutreten – es ist eure (!) Versammlung, die ihr gestalten könnt. Die ganze Belegschaft wird so einbezogen.

### Arbeitsplätze sichern?

Wir wären nicht Kommunisten, wenn wir an dieser Stelle nicht offen sagten: Arbeits-

plätze sind im Kapitalismus nie sicher. Nicht, solange der Profit diktiert.

Der Sozialplan als letzte Möglichkeit muss hier erwähnt werden. Weil dann das Tarifrecht gilt, das einen möglichen Streik zulässt. Die Erfahrung zeigt, dass letztlich um die Höhe der Abfindung gekämpft wird. Da heißt es dann, sich so teuer wie möglich zu verkaufen. Also aufrecht aus der Bude rausgehen, statt auf die Straße zu fliegen.

Realistisch gesehen werden mit Sozialplänen Arbeitsplätze nicht erhalten. Beispiele gibt es genug, in München die Schließung 2005 von Infineon in Neu-perlach.

Ob Alternativkonzept oder Sozialplan – alles das bekommt ihr nicht ohne euren Einsatz, ohne euren Kampf. Mit der Organisation muss jetzt begonnen werden. Der Betriebsrat alleine kann das nicht. ■ *krr*



### Jetzt ist Solidarität angesagt, werte SPD!

Der Bezirksausschuss Berg am Laim hat in einem Antrag von CSU und SPD die Stadt München aufgefordert, das Bosch-Grundstück zu kaufen, um dort eine Schule hinzustellen. (Süddeutsche Zeitung, 30. Juli 2021) Das mag zwar populär sein, aber mit diesem Antrag fällt ihr den Bosch-Kollegen in den Rücken!



## Kommt zum Aktionstag der IG Metall am 29. Oktober



„Die Industrie ist im Umbruch, durch die Umstellung auf klimafreundliche Produktion und Produkte, durch die Digitalisierung. Hunderttausende Arbeitsplätze sind betroffen. Am 29. Oktober demonstrieren wir mit der IG Metall für die Zukunft unserer Arbeitsplätze.“ (Aus der Ankündigung der IG Metall)

Was heißt das für uns?

Statt „Fairwandeln“ mutig handeln!

Die Konzernherren sind nicht fair, sondern sie treibt die Profitgier! Uns hilft nur Kampf!

Fordern wir:

- Gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche!
- Rente mit 60!
- Weg mit der Leiharbeit!
- Löhne rauf – Mieten runter!
- Die Reichen sollen zahlen!

Wir treffen uns jeweils um 11 Uhr an vier verschiedenen Orten und marschieren zur Kundgebung um 12 Uhr auf den Odeonsplatz:

- vor der FDP-Zentrale, Goethestr. 17
- vor der CSU-Zentrale, Mies-van-der-Rohe-Str. 1
- vor der Grünen-Zentrale, Franziskanerstr. 11
- vor der SPD-Zentrale, Oberanger 38



## „Anfahren, Runterfahren, Kurzarbeit“

Bei BMW: Kurzarbeit für die Einen und Arbeitszeiterhöhung für die Anderen

In seinem monatlichen Podcast „Manfred Schoch Direkt.“ stellt der Betriebsratsvorsitzende des BMW-Standorts München und des Gesamtbetriebsrats die wichtigsten Themen und Diskussionen der letzten Wochen vor. Das ist zwar kein Ersatz für eine echte Betriebsversammlung, aber das eine oder andere Spannende erfährt man dort als interessierter Gewerkschafter oder auch Kollege doch:

„Anfahren, Runterfahren, Kurzarbeit“, so beschreibt der Referent des Betriebsrats die Situation in der Produktion. Fast alle BMW-Werke melden Kurzarbeit an, in München waren es im September acht Tage. Auch von Oktober bis Dezember werden voraussichtlich immer wieder tage-

oder wochenweise die Bänder stillstehen. Der Grund: die Halbleiterkrise. Für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet dies Einkommensverlust und Nervenkrieg. Auch wenn die Kurzarbeiterregelung bei BMW 93 Prozent des Nettoeinkommens absichert, ist vor allem die fehlende Planbarkeit ein echtes Problem. Schichtpläne werden kurzfristig umgeworfen. Wenn ausreichend Chips vorhanden sind, muss dann auch samstags gearbeitet werden. Malochen auf Abruf. Und wie inzwischen fast normal, wird das ganze finanziert durch Mittel der Bundesagentur für Arbeit, also durch uns Beschäftigte selbst, anstatt die Profite des Unternehmens oder die Vermögen der Herren und Damen Quandt anzukratzen.

Zum 1. September haben insgesamt 12.700 Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitszeit von 38 auf 40 Stunden erhöht. Manfred Schoch dazu: „Ein Riesenerfolg, ich bin sehr happy!“ Kurz zur Erklärung: Die 40 Stunden sind als Zusatzverträge zur tariflichen Normalarbeitszeit von 35 Stunden pro Woche vereinbart und sind einseitig jederzeit kündbar. Von diesem Recht hat BMW in Coronazeiten Gebrauch gemacht und fast 14.000 Kolleginnen und Kollegen die Zusatzverträge gekündigt. Nach etwas mehr als einem Jahr mit 38

Stunden hatten sie jetzt die Wahl, wieder auf 40 Stunden zu erhöhen. Knapp 1.600 haben sich dagegen entschieden, gut 12.000 dafür. 600 Kollegen wurden mit neuen 40-Stunden-Verträgen beglückt. Richtig ist: die einseitige Kündigung der Zusatzverträge im letzten Jahr war ein Skandal. Damit hat das Unternehmen allein etwa 60 Mio. Euro auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen eingespart, ohne dass die Arbeit deswegen weniger geworden wäre. Aber richtig ist auch: 35 Stunden sind genug! Anstatt individuell die Arbeitszeit zu erhöhen, um den Berg an Arbeit zu schaffen und nebenbei noch mehr zu verdienen, müssen wir für wirkliche Entlastung eintreten: wir brauchen neue Kollegen. Die Festeinstellung der in Coronazeiten rausgeschmissenen Leiharbeitskollegen, das wäre ein Riesenerfolg! Und wem es ums Geld geht, dem sollte eins klar geworden sein: die Zusatzverträge sind jederzeit kündbar! Wer also sicher mehr Geld in der Tasche haben will, muss für kollektive Lohnerhöhungen kämpfen und nicht individuelle Lösungen suchen. Wir brauchen den 7-Stunden-Tag als Normalarbeitszeit!

Es wird Zeit, dass solche Themen wieder in Betriebsversammlungen diskutiert werden. ■ Janine Kullosa

**AufDraht**

Herausgeber:

**DKP München & Gruppe KAZ**

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:  
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München  
Mail: auf.draht@gmx.de

<https://dkp-muenchen.de> • [www.kaz-online.de](http://www.kaz-online.de)  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag

## Betriebsratsvorsitzender ist weg

Nach Auseinandersetzungen mit dem Management und Untersuchung wegen nicht eingehaltener Firmenregeln verlässt Saki Stimoniaris die MAN

Das Manager Magazin schrieb am 31. August: „Betriebsratschef verlässt MAN blitzartig“. Gleichzeitig tobt ein Chaos in den Führungsetagen.

Der Kollege Stimoniaris war viele Jahre Betriebsratsvorsitzender. Stromlinienförmig war er nicht. Er musste mit dem Vorstand über den Abbau von 3.000 Kolleginnen und Kollegen am Standort verhandeln, zuletzt blieben 1.500 auf der Liste. Er ging vor das Gericht und klagte wegen Bruch des Standortsicherungsvertrages, der heiße Kündigungen ausschließt.

Mehrfach lag der Kollege „öffentlich im Streit mit dem MAN-Vorstand“, so das Magazin weiter. Wir gehen davon aus, dass dieses in der Regel gut informiert ist

aus den Kreisen des Managements. So ist es glaubhaft, dass dieser Streit „einer der Gründe war, dass die Sanierung nicht richtig vorankommt.“ (Manager Magazin) Darunter verstehen ja diese Kapitalknechte, deren Berichterstatter das Manager Magazin ist, immer den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen

Nun läuft ein so genanntes Compliance-Verfahren gegen den Kollegen, angestrengt vom MAN-Vorstand. Es wird untersucht, ob der Kollege sich als Betriebsrat Vorteile verschafft hatte. Bisher wurde einzig und allein kolportiert, dass er einen Betriebsratskollegen zu Fahrdiensten veranlasst hätte. (Business Insider, 14. September 2021) Na wenn schon. Was ist das gegen

die bis zu 760.000 Euro im Jahr, die Herr Osterloh als Betriebsratsvorsitzender von VW eingesackt hatte. Diese Zahlen sind aktuell bekannt geworden im Prozess gegen vier Manager des VW-Konzerns. (Handelsblatt, 9. September 2021)

Wollte der Kollege Stimoniaris kommende Schweinereien gegen die Belegschaft nicht mehr mitmachen? „Ich mache nichts ohne euch!“, rief er auf einer Infoveranstaltung am MAN-Werkhof im Oktober 2020 den Kollegen zu, als es um die 3.000 Rausschmisse ging. Ist hier ein Betriebsrat kaltgestellt worden, der den Versuch machte, sich auf seine Belegschaft zu stützen? Die Sache stinkt. ■krrn



Da war er noch ganz in seinem Element, Saki Stimoniaris, zweiter von rechts, mit Markus Söder

- Ich will die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe **KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

## Fürstliche Entlohnung

Der ehemalige VW-Konzernbetriebsratsvorsitzende Bernd Osterloh, auch „König von Wolfsburg“ genannt, wurde laut Gericht nicht zu hoch bezahlt

Das hat, mit etwas anderen Worten, das Landgericht Braunschweig mit einem Urteil am 28. September 2021 festgestellt. Die Staatsanwaltschaft hatte vier VW-Manager wegen Untreue „teils im besonders schweren Fall“ angeklagt. Sie sollen den Zig-Milliarden-Konzern-Profit durch überzogene Betriebsratsentgelte über 5 Millionen geschmälert haben. In der Zeit von 2011 bis 2016 wäre hierbei allein durch das Gehalt von Osterloh „ein Schaden von 3,1 Millionen Euro entstanden“.

Das Landgericht hat die Forderung der Staatsanwaltschaft nach Bewährungs- und

Geldstrafen abgelehnt und die Manager vom Vorwurf vorsätzlicher Pflichtwidrigkeit und Untreue freigesprochen. „Es sei kein strafbares Verhalten nachweisbar.“ Laut Prozessbericht der Süddeutschen Zeitung betrug das „königliche Entgelt“ für Osterloh dabei ab 2015 17.000 Euro monatlich plus jährlicher Boni-Zahlung bis zu 560.000 Euro. Macht zusammen rund 760.000 Euro. Das ist das 12- bis 15-fache eines guten Facharbeiterlohns für den Betriebsratsvorsitzenden - in dem Fall bei den Automobil-Kapitalisten. Damit keiner auf die Idee kommt, dass es hier-

bei um „Bestechung“ oder „Schmier“ von Betriebsratsmitgliedern geht, wollen die Kapitalvertreter unterstützt vom Betriebsrat solchen außertariflichen „Boni-Entgeltgruppen“ eine gesetzliche Basis verpassen. Ein Sprecher des VW-Betriebsrates hat zum Gerichtsurteil festgestellt: „Die Entscheidung sendet nun hoffentlich ein klares Signal an den Gesetzgeber: Das Betriebsverfassungsgesetz ist in Sachen Betriebsratsvergütung rund fünfzig Jahre alt und an dieser Stelle reformbedürftig.“ (Alle Zitate, Süddeutsche Zeitung, 29. September 2021) ■ LU

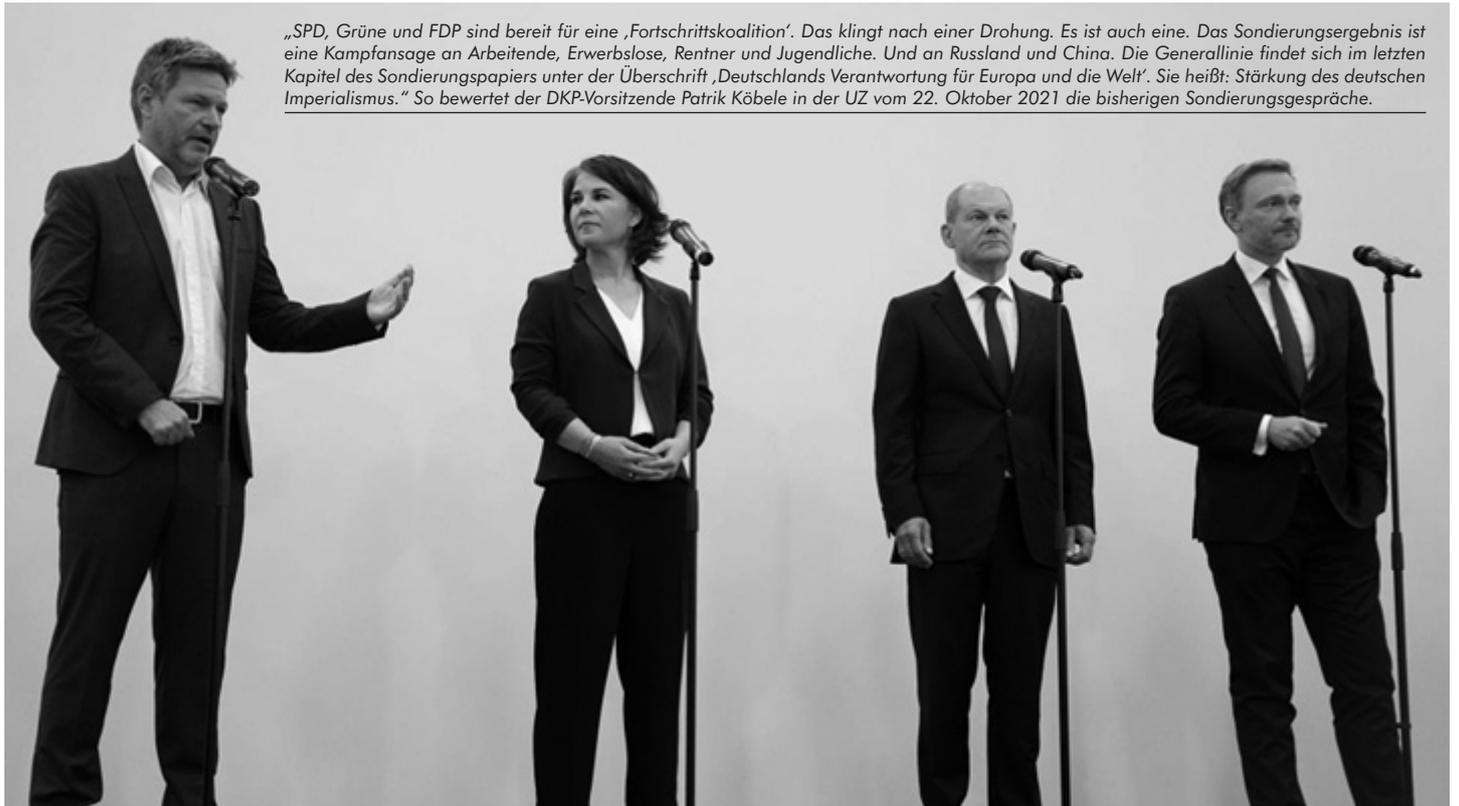


Bernd Osterloh auf der Zeugenbank

### „Runderneuerung statt Facelift: neue Rechte für moderne Betriebsräte“

Offensichtlich angetörnt und beeinflusst vom VW-Prozess, stellt der IG Metall-Vorstand in Punkt 16 seiner Bundestagswahl-Broschüre „Für eine Politik des fairen Wandels“ u. a. fest: „Zu den Arbeitsgrundlagen von Betriebsräten gehört auch die Frage der Vergütung. Für die Eingruppierung bleibt in der Regel völlig unberücksichtigt, welche Fähigkeiten und Kenntnisse für die Betriebsratsarbeit erworben wurden und welche Verantwortung übernommen wird. Manche Betriebsrät\*innen sehen sich andererseits dem Verdacht der persönlichen Bereicherung ausgesetzt. Um faire und nachvollziehbare Regelungen zu ermöglichen, fordert die IG Metall deshalb, bei der Bemessung des Arbeitsentgeltes und der allgemeinen Zuwendungen auch die zur Wahrnehmung der Betriebsrats Tätigkeit erworbenen Qualifikationen und Erfahrungen wie auch die auf Dauer wahrgenommenen Aufgaben zu berücksichtigen.“ (IGM-Info Juni 2021)

Unser Kommentar: Ein Betriebsrat muss kein Manager sein. Seine Aufgaben und seine Verantwortung sind, die Interessen der Kollegen zu vertreten. Dazu braucht er die Erfahrungen eines Arbeiters und den Lohn eines Facharbeiters.



„SPD, Grüne und FDP sind bereit für eine ‚Fortschrittskoalition‘. Das klingt nach einer Drohung. Es ist auch eine. Das Sondierungsergebnis ist eine Kampfansage an Arbeitende, Erwerbslose, Rentner und Jugendliche. Und an Russland und China. Die Generallinie findet sich im letzten Kapitel des Sondierungspapiers unter der Überschrift ‚Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt‘. Sie heißt: Stärkung des deutschen Imperialismus.“ So bewertet der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele in der UZ vom 22. Oktober 2021 die bisherigen Sondierungsgespräche.

## „Aufbruch.“ Für wen?

Zum Ergebnis der Sondierungsverhandlungen zwischen SPD, den Grünen und der FDP

**S**PD-Kanzlerkandidat Scholz äußerte sich zufrieden über das Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen der SPD, den Grünen und der FDP: „Hier ist ein Aufbruch möglich.“ Aufbruch? Schauen wir uns an, was das für die Arbeiter, die übergroße Mehrheit in diesem Land, bedeutet.

### **12 Euro Mindestlohn ...**

Die SPD konnte ihr Wahlversprechen, den Mindestlohn auf mindestens 12 Euro pro Stunde zu erhöhen (derzeit 9,60 Euro), Zugeständnis an die vielen Gewerkschafter

Denn es wird in dem Sondierungspapier nichts darüber ausgesagt, wie denn die vom Kapital geforderten Milliarden für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung finanziert werden sollen. Die SPD hatte zwar versprochen, dass für die „Transformation“ nicht die Arbeiter bezahlen sollen, sondern die Reichen durch eine Vermögenssteuer zumindest beteiligt werden sollen. Doch dieses Wahlversprechen der SPD wurde zugunsten der FDP fallen gelassen. Diese hatte ihrer Basis, gutverdienende Selbstständige, kleine und mittlere Kapitalisten zugesagt, dass

ihrem Wahlprogramm alleine die Kosten für Investitionen in den Klimaschutz mit 500 Milliarden Euro beziffert. Ohne die Reichen zur Kasse zu bitten, ohne zusätzliche Schuldenaufnahme heißt das nichts anderes, als dass die Arbeiter diese Milliarden bezahlen werden, über Abgaben wie jetzt schon die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Öl und Gas, die jährlich ansteigt, über Kürzung oder Streichung sozialer Leistungen usw.

### **... und sonst?**

Eine längst mögliche gesetzliche Verkürzung des Arbeitstages ist nicht zu finden, obwohl die Arbeit immer stressiger und die Arbeitszeiten länger werden. Stattdessen wollen die drei Parteien „begrenzte Möglichkeiten“ schaffen, von der Tageshöchstleistungszeit (derzeit 10 Stunden!) „abzuweichen“, wenn Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen dies vorsehen. Arbeitszeitverlängerungen statt gesetzlicher 7-Stunden-Tag: ein Dammbbruch zugunsten der Kapitalisten, statt ein „Aufbruch“ für die Arbeiter.

Hartz IV, dessen Abschaffung auch von der SPD-Basis seit bald Jahrzehnten gefordert wird, soll durch ein „unkompliziert zugängliches Bürgergeld“ ersetzt werden.

**Regierungsauftrag des Kapitals** Kaum waren die Wahlergebnisse bekannt, machte Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) deutlich, wofür die Regierung, aus welcher Koalition auch immer bestehend, zu sorgen hat: „Klimaschutz, digitaler Wandel und geopolitische Krisen sind enorme Herausforderungen für unser Land“ erklärte er und gab vor, welches Ziel die kommende Regierung dabei verfolgen muss: „Die Stärkung unserer Wirtschaftskräfte und das Bekenntnis zum Industrie-, Export- und Innovationsland Deutschland sind ohne Alternative für jede denkbare Koalition“ (Handelsblatt, 27. September 2021)

in ihren Reihen, durchsetzen. Das macht das Leben für Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, die kaum die anfallenden Lebenshaltungskosten von ihrem Lohn bezahlen können, tatsächlich etwas leichter. Doch zu früh freuen dürfen diese sich nicht.

es weder Steuererhöhungen mit ihr geben wird, noch die Neuaufnahme von Schulden, um solche Vorhaben zu finanzieren und konnte sich damit auch durchsetzen. Über die Höhe der Kosten schweigt das Papier. Doch haben z.B. die Grünen in

► Fortsetzung von Seite 7  
**„Aufbruch.“ Für wen?**

Über die Höhe dieses Bürgergelds wird allerdings geschwiegen, was nichts Gutes erahnen lässt in einem Land, in dem kürzlich eine Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes um sage und schreibe drei (!) Euro beschlossen worden ist – auf Anregung eines SPD-geführten Bundessozialministeriums. Dafür wird in dem Sondierungspapier ausdrücklich darauf hingewiesen, dass an den Mitwirkungspflichten festgehalten wird. Die Sanktionen bei fehlender Gefügigkeit sind also nicht vom Tisch.

Das Renteneintrittsalter soll nicht erhöht, die Renten nicht gekürzt werden. Es gilt den drei Parteien offensichtlich schon als zu verkündende Wohltat, wenn die Lebensbedingungen für Millionen Menschen so schlecht bleiben, wie sie sind.

Was die katastrophale Lage in den Krankenhäusern betrifft oder auch die für viele

---

1.667.000 **Überstunden** wurden 2020 trotz Pandemie geleistet. 775.000 Überstunden waren bezahlt, für 892.000 Überstunden zahlten die Kapitalisten keinen Cent.

---



---

**„Deutsche wollen früh in den Ruhestand“** betitelt die Süddeutsche Zeitung am 20. Oktober das Ergebnis einer Umfrage. Danach sehen sich drei Viertel der Befragten nicht in der Lage, bis zum derzeitigen Rentenalter von 67 Jahren zu arbeiten. Die Mehrheit kann sich nicht einmal vorstellen, bis 63 zu schuffen. Mehr als die Hälfte fürchtet sich vor Altersarmut.

---

Arbeiter geradezu existenzbedrohenden Steigerungen der Mietkosten, dazu finden sich nur allgemeine Lippenbekenntnisse, für Abhilfe zu sorgen. Nichts steht da etwa zur Rückgängigmachung der Privatisierung der Krankenhäuser. Die für den Profit der privaten Klinikbetreiber zuträglichen Fallpauschalen in der Krankenhausfinanzierung sollen nicht abgeschafft, sondern „weiterentwickelt“ werden. Die Mietkosten sollen durch Förderung des Wohnungsbaus gesenkt werden, statt durch staatliche Zwangsmaßnahmen Mieten zu senken oder gar die Wohnungskonzerne zu enteignen, wie es gerade ein erfolgreiches Volksbegehren in Berlin fordert.

**Ohne Kampf wird sich nicht ändern**  
 Ein Aufbruch für die Arbeiter ist dieses Sondierungsergebnis also wahrlich nicht,

ganz im Gegenteil. Es ist eher zu befürchten, dass eine SPD-geführte Regierung, sollte sie denn tatsächlich zustande kommen, wieder einmal dazu dienen soll, die Gewerkschaften ruhig zu halten. Ruhig zu halten, wenn es konkret darum geht, wer denn all die staatlichen Investitionen und Subventionen für die Kapitalisten in Sachen Digitalisierung und Klimaschutz bezahlen soll. Ruhig zu halten mit dem altbekannten Argument, ohne die SPD würde es noch schlimmer werden.

Wir sollten uns schon jetzt nicht mit dem Mini-Brosamen einer Erhöhung des Mindestlohns ruhig halten lassen.

Nichts wird sich ändern, nichts verhindert, wenn wir uns nicht rühren, wenn wir nicht die Waffe, die wir als Arbeiter haben, in den Betrieben und Gewerkschaften vorbereiten: den Streik. ■gr

